



Arbeitsgemeinschaft

Swissaid • Fastenopfer

Brot für alle • Helvetas

Caritas • Heks

Geschäftsstelle

Monbijoustrasse 31 • Postfach • CH-3001 Bern

Tel. +41 31 390 93 30 • Fax +41 31 390 93 31

mail@swisscoalition.ch • www.swisscoalition.ch

Aus: Schweizerisches Jahrbuch für
Entwicklungszusammenarbeit 2004
IUED/Genf 2004.

Peter Niggli, Geschäftsleiter Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke

Sollen sich die Hilfswerke aus der operativen Entwicklungszusammenarbeit zurückziehen?

In verschiedenen Industrieländern stehen die Beziehungen zwischen privaten Entwicklungshilfswerken und staatlichen Entwicklungsagenturen unter Druck. Selbstverständliche Formen der Zusammenarbeit und der staatlichen Co-Finanzierung von Hilfswerken werden hinterfragt. Hauptsächlicher Grund: Veränderungen in der Praxis und der Konzeption der Entwicklungszusammenarbeit (EZA). Eine wichtige Rolle spielen dabei (1) Gewichtsverschiebungen zwischen nördlichen Hilfswerken und NGOs der Entwicklungsländer, (2) die positivere Gewichtung des Staates der Entwicklungsländer durch die Geberländer und (3) der Drang international tätiger Unternehmen an die Fleischtöpfe der Entwicklungszusammenarbeit der OECD-Länder.

Veränderungen in der Entwicklungszusammenarbeit

- (1) Es ist heute gängige Praxis, dass sowohl die staatlichen Entwicklungsagenturen, als auch die privaten Hilfswerke mit Süd-NGOs zusammenarbeiten und diese (mit)finanzieren. Für die Hilfswerke ist es seit längerem Tradition; für die zuständigen Regierungsstellen eine Praxis, die im Lauf der neunziger Jahren an Gewicht gewonnen hat. Einzelne staatliche Entwicklungsbürokratien fragen deshalb, wieso es überhaupt noch Hilfswerke brauche. Es gebe in den Entwicklungsländern heute viele qualifizierte NGOs, mit denen die Geberstaaten direkt zusammenarbeiten könnten. Es sei nicht mehr nötig, solche Süd-NGOs über nördliche Hilfswerke zu unterstützen. Das verursache nur höhere Transaktionskosten. Diese Ansicht ist auch in den Koordinationsbüros der Deza verbreitet.
- (2) In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden die staatlichen Entwicklungsagenturen wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Regierungen der Entwicklungsländer heftig kritisiert. Die Hilfe flosse in grössenwahnsinnige staatliche Entwicklungsvorhaben, die am Los der benachteiligten Schichten in diesen Ländern nichts änderten, es manchmal sogar verschlechterten und wenig bis nichts zum Wachstum der Wirtschaft beitrügen. Die Kritik verstärkte sich mit dem Ende des Kalten Kriegs – allzu grosse Teile der staatlichen Entwicklungshilfe hätten nur dazu gedient, befreundete Regierungen an der Macht zu halten. Vielerorts wurde daraus die Lehre gezogen, öffentliche

Entwicklungsgelder vermehrt über nördliche Hilfswerke fliessen zu lassen und in den Entwicklungsländern mehr NGOs und weniger die Regierungen zu unterstützen. Die anti-staatliche Wende der EZA passte zur ersten Generation marktradikaler Strukturanpassungsmassnahmen der Bretton-Woods-Institutionen. Den nördlichen Hilfswerken fiel in diesem Modell die Aufgabe zu, die Entstehung von NGOs im Süden zu fördern („Förderung einer lebendigen Zivilgesellschaft“) und deren Handlungsfähigkeit zu stärken (*capacity building*). Heute sind die Akzente verschoben. Ein schwacher Staat gilt als Entwicklungshindernis – zu Recht. Und südliche NGOs werden nicht mehr als tauglicher Ersatz für einen funktionsunfähigen Staat betrachtet. Die OECD-Regierungen favorisieren jetzt, zumindest in der Theorie, die Konzentration der Hilfe auf ausgewählte Entwicklungsländer, deren Regierungen sich im Rahmen der OECD-Standards wohlverhalten. Sie wollen zu diesem Behuf mehr Mittel wieder direkt über das Staatsbudget und über staatlich koordinierte Programme fliessen lassen und lokale Behörden stärken. Diese neue Bündelung der Hilfsgelder geht tendentiell auf Kosten der nördlichen Hilfswerke und – etwas weniger – der südlichen NGOs, ausser sie finden eine Funktion in den Entwicklungsplänen der jeweiligen Regierung und der Konferenz der Geberländer. Auch die Deza und die Entwicklungsabteilung des Seco wollen sich vermehrt auf Budgethilfe und koordinierte Einflussnahme der Geberländer auf das jeweilige Staatsbudget konzentrieren. Zu einem grossen Teil wird dieser Prozess in den ärmsten Ländern durch die Armutsreduktionsstrategien vorangetrieben, die die Länder erarbeiten müssen, um weiterhin Kredite von Weltbank und Internationalem Währungsfonds zu erhalten.

- (3) Gleichzeitig drängen neue Konkurrenten an die Töpfe der Entwicklungsbudgets der Geberländer. Im Zeichen der Millennium-Entwicklungsziele propagieren diese – durch die Weltbank sekundiert –, wieder vermehrt in die Infrastrukturen der Entwicklungsländer zu investieren. Das war schon im Kalten Krieg ein Schwerpunkt der Entwicklungshilfe gewesen, der dann in der allgemeinen Kritik an der staatlichen Entwicklungshilfe etwas untergegangen war. Heute propagieren die OECD-Länder für den Infrastrukturausbau die „Partnerschaft“ mit geeigneten Privatunternehmen, um den Staat der Entwicklungsländer „schlank“ zu halten. Theoretisch soll damit zusätzliches, privates Kapital für die Entwicklung der armen Länder mobilisiert werden. In der Praxis werden die Industrieländer (und die „begünstigten“ Entwicklungsländer) Investitionsbeihilfen aller Art zur Verfügung stellen müssen, um den privaten Partnern die Angst vor dem Risiko zu nehmen. Diese staatliche Investitionsförderung droht zulasten anderer Posten der Entwicklungsbudgets zu gehen, also auch zulasten der Hilfswerke und der Süd-NGOs.

Zu diesen sozusagen sachlichen Gründen für den Wandel der Beziehungen zwischen nördlichen Hilfswerken und staatlichen Entwicklungsagenturen kommen politische Verstimmungen hinzu. Manche Regierungen stören sich an der anwaltschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit (*advocacy*) und der Kritik der Hilfswerke, vor allem seit sie parallel zur internationalen Protestbewegung gegen die wirtschaftliche Globalisierung läuft. In der Schweiz war etwa der Bundesrat empört darüber, dass sich die Hilfswerke nicht deutlich von der Gewalt an den Demonstrationen gegen das Weltwirtschaftsforum (WEF) distanzieren. Diese

fühlten sich dazu nicht veranlasst, weil sie nicht an den Demos beteiligt waren und auch nicht dazu aufgerufen hatten. Da aber die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke immer wieder die Politik der permanenten Liberalisierung als entwicklungsschädlich kritisiert hatten, waren die Hilfswerke in den Augen des Bundesrats gewissermassen automatisch mit dem Protest gegen das WEF verknüpft.

In einzelnen Ländern sorgten die bewaffneten Interventionen in Afghanistan und im Irak für Zündstoff. Die Regierung Bush empfindet es als ungeheure Frechheit, dass amerikanische Hilfswerke ihrem Feldzug gegen den Terrorismus skeptisch gegenüberstehen und die systematische Vermischung von militärischer und humanitärer Mission scharf kritisieren. In England und bei andern Mitgliedern der „Koalition der Willigen“ beteiligten sich die Hilfswerke am Protest gegen die Beteiligung am amerikanischen Feldzug. Sie standen damit im Einklang mit der Mehrheit der Bevölkerung ihrer Länder, handelten sich aber Ärger mit den Regierungen ein.¹

Ungeachtet solch politischer Irritationen sehen sich die staatlichen Entwicklungsagenturen allerdings gezwungen, die anwaltschaftliche Öffentlichkeitsarbeit der nördlichen Hilfswerke grundsätzlich als berechtigte Tätigkeit zu anerkennen. Die Geberländer können kaum von den Entwicklungsländern mehr politischen Spielraum für die Zivilgesellschaft verlangen und ihn im gleichen Zug den Hilfswerken verwehren. Ganz abgesehen davon, dass dem die verfassungsmässig garantierten Grundrechte in den Geberstaaten entgegenstünden. Einige Entwicklungsagenturen verlangen sogar, dass die Hilfswerke mehr in die *advocacy* investieren. Dieser Ruf ist auch innerhalb der Deza vernehmbar. Es gibt dort Stimmen, welche meinen, die Hilfswerke sollen sich ganz auf *advocacy* konzentrieren und das operative Geschäft der Entwicklungszusammenarbeit dem Staat überlassen.

Für die Deza waren unter anderem solche Diskussionen Anlass, ihre NGO-Politik 2004 extern evaluieren zu lassen. Bei Redaktionsschluss zirkulierte ein Entwurf des Evaluationsberichts, der tiefgreifende Veränderungen im Verhältnis der Deza zu den Hilfswerken vorschlägt und viel Zündstoff enthält. Vor diesem Hintergrund möchte ich einige Punkte skizzieren, die meines Erachtens für das Verhältnis von Hilfswerken und staatlichen Entwicklungsagenturen in der Schweiz und darüber hinaus wichtig sind.

Welche Arbeitsteilung zwischen Hilfswerken und Deza?

1. In vielen Industrieländern ist es Tradition, dass öffentliche Aufgaben durch staatliche und gemeinnützige private Träger gemeinsam wahrgenommen werden. Letztere mobilisieren dafür oft eigene Spendengelder, werden aber zusätzlich durch die öffentliche Hand mitfinanziert. Die Schweiz ist diesbezüglich keine Ausnahme. Im Gegenteil: Das Netz privater Organisationen im Dienste öffentlicher Aufgaben ist hierzulande besonders dicht. Natürlich stellt sich dabei die Frage, wie

¹ Die politischen Spannungen rund um die globalisierungskritische Bewegung mündeten in eine internationale Diskussion, was die NGOs überhaupt legitimiere, das Handeln von legitimierten Regierungen zu hinterfragen. Ich gehe auf diesen Punkt weiter hinten ein. Siehe: „Haben die NGO ein Legitimitätsproblem?“

die Funktionen zwischen öffentlichen und privaten Trägern jeweils verteilt werden sollen, periodisch immer wieder neu. Das gilt auch für die Hilfswerke und die Deza.

Nicht zur Diskussion steht aber meines Erachtens der Grundsatz, dass die öffentliche Aufgabe Entwicklungszusammenarbeit auch durch die privaten Hilfswerke wahrgenommen werden soll. Sie bringen dazu namhafte eigene Geldmittel ein. Sie arbeiten in aller Regel billiger als die entsprechenden staatlichen Instanzen. Sie haben ein vergleichbares Know how. Und sie verfügen über eigene zivilgesellschaftliche Kontakt- und Partnernetze in den jeweiligen Ländern. Es gibt keinen politischen und keinen finanziellen Grund, die öffentlichen Entwicklungsgelder nur durch die staatlichen Entwicklungsagenturen verwalten zu lassen.

Einige Stimmen in der Deza halten die Hilfswerke ganz allgemein für überflüssig. Sie stellen sich vor, dass die Deza ihre Funktionen in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit übernehmen kann. Man kann diese Diskussion schon führen. Nur muss man dann auch das Umgekehrte erwägen: Funktionen in der bilateralen EZA, die heute die Deza erfüllt, könnten auch die Hilfswerke übernehmen. Im Prinzip können alle Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit, die nicht zwingend die Intervention der staatlichen Agentur verlangen, an Hilfswerke und NGOs übertragen werden. Das wäre einiges mehr, als was heute die Hilfswerke tun. Ein solcher Entscheid könnte als Schlankheitskur für eine grosse Bürokratie, welche die Deza unzweifelhaft ist, verkauft werden. Er entspräche dem gegenwärtigen Zeitgeist des Rundumsparens und Staatsabbaus, und ist nur deswegen nicht aktuell, weil den politischen Kräften, welche einen solchen Entscheid begrüssen könnten, die Hilfswerke nicht besonders nahe stehen.

2. Die Entwicklungszusammenarbeit ist nur eine von vielen öffentlichen Aufgaben. Im Unterschied zu anderen öffentlichen Aufgaben ruht ihre innenpolitische Legitimation in der Schweiz auf ziemlich zarten Fundamenten. Die BürgerInnen ziehen keinen erkennbaren Vorteil daraus. Es gibt keine Interessengruppen, die mehr oder bessere EZA einforderten. Die EZA geht auch keine sichtbaren oder erfahrbaren Probleme an, die alle betreffen. Entwicklungszusammenarbeit beruht innenpolitisch gänzlich auf ideellen und ethischen Motiven der Bevölkerung. In der Schweiz ist dieses ideelle Fundament vergleichsweise breit. Es gab und gibt eine breitere Strömung in der Bevölkerung – nicht zuletzt gestützt durch die zwei Landeskirchen –, die die Hilfe zur Selbsthilfe für die Benachteiligten dieser Welt am Herzen liegt.² Allerdings verschafft die Existenz dieser Strömung keinen Freipass. Volksabstimmungen über den Grundsatz, dass die Schweiz EZA leisten soll, können gewonnen werden – Volksabstimmungen über den Betrag, der für die EZA aufgewendet werden soll, laufen hingegen Gefahr, verloren zu gehen. Das ist allen politischen Kräften bewusst, auch denjenigen, die über einen grösseren Kahlschlag im EZA-Budget nachdenken.

Die Hilfswerke repräsentieren in einem gewissen Mass das organisatorische Rückgrat der EZA-freundlichen Strömung und animieren sie. Die Deza kann diese

² Ich anerkenne durchaus, dass EZA auch strategisch begründet werden kann und soll. Es ist völlig richtig zu behaupten, dass es im langfristigen nationalen Interesse der Schweiz liegt, die Nord-Süd-Kluft zu verringern, allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen udgl. mehr. Aber es verhält sich mit diesem strategischen Interesse wie mit der Ökologie: Alle stimmen der ökologischen Sonntagspredigt zu, ohne die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Aufgabe nicht übernehmen und die Hilfswerke in dieser Funktion nicht ersetzen. Aber sie sollte – und ihr Direktor hat es – ein grosses Interesse daran haben, dass starke Hilfswerke weiterexistieren und mit der praktischen anschaulichen Entwicklungszusammenarbeit weiter verknüpft bleiben. Diejenigen in der Deza, welche auf die Hilfswerke verzichten wollen, untergraben das innenpolitische Fundament der öffentlichen Aufgabe Entwicklungszusammenarbeit.

3. Dass die Geberländer heute dem Staat in den Entwicklungsländern wieder eine grössere Rolle zutrauen und mehr Hilfe über die Regierungen und ihre Entwicklungspläne fliessen lassen – meines Erachtens durchaus zu Recht –, rechtfertigt keine EZA-Strategie, in der alles nur noch auf diese Schiene gesetzt wird. Eine Investition auf der Gegenseite, zur Stärkung der „Zivilgesellschaft“, ist weiterhin nötig, und zwar auch aus öffentlichen Mitteln. Es gibt dafür zwei Gründe:

Erstens kann Budgethilfe nur in Ländern geleistet werden, die eine einigermaßen befriedigende institutionelle Ausstattung haben und ein bisschen good governance garantieren. Es wird aber, angesichts der Krise des Staatensystems, immer notwendiger werden, auch in Ländern mit bad governance oder Null-Regierung nicht nur Nothilfe, sondern auch so etwas wie Entwicklungszusammenarbeit leisten zu können. Hier ist der Weg über Hilfswerke und lokale NGOs der Sinnvollste.

Zweitens ist Entwicklung ein Prozess sozialer Auseinandersetzungen. Es ist eine Illusion anzunehmen, dass Good-Governance-Regierungen – durch Budgethilfe, Geberkoordination und „Multistakeholder-Partnerships“ für den Infrastrukturausbau aufgerüstet – sich von morgens bis abends nur noch mit den Ärmsten des Landes beschäftigen werden. Nicht nur in der Schweiz, auch in den Entwicklungsländern, leihen die Regierungen ihr Ohr zuerst den wirtschaftlich und politisch Mächtigsten. Sofern sich die Ärmsten nicht so laut wie möglich selber melden können, drohen sie – Donor-Konferenzen hin oder her – billig abgespeist oder ganz vergessen zu werden.

Den staatlichen Entwicklungsagenturen ist dies wohl bewusst: Deshalb verlangen sie im schwammigen Jargon der internationalen Zusammenarbeit immer wieder die „Partizipation“ der Bevölkerung. Daraus schliesse ich: Wenn mit EZA-Geldern die staatliche Seite gestärkt wird, muss nur schon zum Ausgleich auch die Seite der Ärmeren und der Zivilgesellschaft überhaupt unterstützt werden. Dazu eignen sich die Hilfswerke und lokale soziale Bewegungen oder Organisationen, welche diese Interessen vertreten. Nicht jedoch die Geberkonferenzen, die staatlichen Entwicklungsagenturen und die Regierungen der Entwicklungsländer. Wenn diese die „Partizipation“ der Zivilgesellschaft als Bestandteil in ihre Landesprogramme aufnehmen, dann sollen sie sich auf die Bereitstellung institutioneller Mechanismen konzentrieren, in denen die „Partizipation“ stattfinden kann. Hingegen ist es nicht ihre Aufgabe, die Meinungsfindung, Organisation und Interessenvertretung der Zivilgesellschaft zu „unterstützen“ und damit zu steuern. Die „Partizipation“ der Zivilbevölkerung muss nämlich in der Lage sein, auch die makroökonomischen Strategien, die die Geber in diesen Ländern durchsetzen, zu hinterfragen und Druck zu ihrer Veränderung aufzubauen.

4. Die Hilfswerke in der Schweiz, aber auch anderswo, würden es vorziehen, wenn sich die staatlichen Entwicklungsagenturen auf die Zusammenarbeit mit den Behörden der Entwicklungsländer konzentrierten, und zwar auf allen Stufen bis hinunter zu den Lokalbehörden. Ihnen selber würden die Beziehungen zu den Süd-NGOs überlassen. Auch die Unterstützung von Süd-NGOs aus Mitteln der

öffentlichen EZA würde in dieser Wunschwelt ausschliesslich über die Hilfswerke des Nordens erfolgen. In der Schweiz galt dies übrigens als Grundsatz bis in die achtziger Jahren.

Seither hat die Deza, wie andere staatliche Entwicklungsagenturen, vielfältige direkte Beziehungen zu Süd-NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgebaut. Oft handelt es sich dabei um Akteure, die soziale Leistungen für die Allgemeinheit anbieten, oder um Institutionen und Unternehmen, welche in der Förderung von Kleinunternehmen, neuer Erwerbsmöglichkeiten und ökologischerer Produktionsweisen eine Rolle spielen. Das hat sicherlich positiv zur Qualität der staatlichen EZA beigetragen. Trotzdem ist es nötig, im Bereich der Beziehungen zur südlichen Zivilgesellschaft wieder zu einer klareren Rollenteilung zwischen Deza und Hilfswerken zu kommen.

Falls die Deza heute in einzelnen Ländern vermehrt via Geberkoordination und Budgethilfe in die staatlichen Entwicklungspläne investieren will (oder es schon tut), muss sie sich auch vermehrt wieder der Arbeit mit den staatlichen Behörden aller Stufen widmen. Investitionen in die Zivilgesellschaft sollten, mindestens in diesen Ländern, vermehrt wieder den Hilfswerken übertragen werden.

Umgekehrt müssen sich die Hilfswerke fragen, mit welchen zivilgesellschaftlichen Akteuren sie besser zusammenarbeiten können als die Deza. Grob gesagt, liegt ihr Vorteil überall dort, wo es politisch und konflikträchtig wird. Die Hilfswerke müssten meines Erachtens NGOs, soziale Bewegungen und Organisationen unterstützen, die in der Mobilisierung und Interessenvertretung benachteiligter Schichten stark sind. In Kräfte also, die Konflikte mit den Behörden, den herrschenden Schichten und den Gebern austragen und politische Allianzen schmieden können, welche als Gegengewicht fungieren.

5. Die Schweiz verfolgt, wie alle Industriestaaten, eine widersprüchliche Nord-Süd-Politik. Die Ziele, die sie mit der EZA verfolgt, stimmen nicht überein mit ihrer Politik im Aussenhandel oder in den globalen Finanzbeziehungen. Sie ist sich dessen bewusst und verlangt deshalb Kohärenz. Dieses lobenswerte Streben muss allerdings realistisch eingeschätzt werden. Kohärenz wird in absehbarer Zeit nicht hergestellt werden – mit andern Worten: Kohärenz wird noch auf längere Zeit lediglich den Ort bezeichnen, wo Zielkonflikte und Interessengegensätze der schweizerischen Südpolitik ausgetragen werden. Die *advocacy* der Hilfswerke hakt hier ein, thematisiert die Widersprüche und versucht schädliche politische Zielsetzungen der Regierung öffentlich klarzumachen und in kleinen Schritten zu korrigieren.

Viele in der Deza äussern ein grosses Interesse daran, dass die Hilfswerke diese Rolle stark wahrnehmen. Die staatliche Liebe zur *advocacy* privater Hilfswerke ist allerdings ambivalent. In den Verwaltungsabteilungen ausserhalb der Deza schwindet das Verständnis dafür rapid. Die politischen Kräfte im Parlament reagieren auf sie je nach Interessenlage positiv oder ablehnend. Die Regierung hätte am liebsten die *advocacy*, welche sich mit mächtigen anderen Interessen kombinieren liesse. Einige würden es toll finden, wenn die Hilfswerke die Marktöffnung der schweizerischen Landwirtschaft zum zentralen Thema ihrer WTO-*advocacy* machten. Eine solche Kampagne hätte den Beifall der Economiesuisse und würde in Teilen des Bundesrat, der offiziell einen weitreichenden Schutz der schweizerischen Landwirtschaft verfiicht, auf heimliche Zustimmung stossen. Weniger beliebt ist, dass wir in Sachen WTO die internationale NGO-Kampagne aufgreifen, welche die vielfältigen, nicht mit dem

totalen Freihandel vereinbaren Interessen der Entwicklungsländer thematisiert und eine grundlegende Neuorientierung des WTO-Regelwerks verlangt.

Ausserhalb der Kohärenzfragen gibt es ein Interesse der staatlichen Entwicklungsagenturen an einer allgemeineren, sozusagen volkspädagogischen *advocacy* der privaten Hilfswerke. Sie sollen durch öffentliche Sensibilisierungsarbeit und Vermittlung der Problemlagen der Entwicklungsländer die Sympathien der Bevölkerung für die EZA wecken und am Leben erhalten. Das ist eine Arbeit, die kommunikationstechnische Professionalität verlangt und viel Geld. Die Hilfswerke tun sehr vieles in diese Richtung – es ist nicht zuletzt eine notwendige Grundlage für ihr Fundraising. Im Grundsatz besteht Einigkeit, dass die Deza diese Sensibilisierungstätigkeit der Hilfswerke eigentlich mit unterstützen könnte und auch dürfte.

6. In der Deza denken einige, die Hilfswerke sollten sich ganz aus der operativen EZA zurückziehen und sich stattdessen voll auf *advocacy* konzentrieren. Ich habe oben schon dargelegt, dass es gute Gründe für eine weitere aktive Rolle der Hilfswerke in der operativen EZA gibt. Hier will ich die Konsequenzen aufzeigen, die ein vollständiger Rückzug der Hilfswerke auf *advocacy* hätte. Ich sehe deren drei: (1) Die Hilfswerke würden an Glaubwürdigkeit verlieren. (2) Ihre Spendeneinnahmen würden drastisch einbrechen. (3) Die innenpolitische Basis für EZA würde schrumpfen.

Die *advocacy*-Tätigkeit der Hilfswerke beruht heute darauf, dass sie wissen, worüber sie sprechen, es mit eigenen Augen sehen und vor Ort Erfahrungen machen. Wären die Hilfswerke nicht mehr in den Entwicklungsländern engagiert und würden sie ihre Beziehungen zu den Süd-Partnern verlieren, dann würden sie in den Augen der Öffentlichkeit auch einiges an Glaubwürdigkeit verlieren.

Die Hilfswerke in der Schweiz sammeln vergleichsweise grosse Spenden auf einem hart umkämpften Spendenmarkt. Diese 250 Millionen kommen zusammen, weil die Hilfswerke in den Entwicklungsländern konkrete Programme laufen haben. Die SpenderInnen wollen nicht Hilfswerke oder *advocacy* finanzieren, sondern bedürftigen Menschen im Süden helfen. Im Fundraising stehen deshalb die EZA-Aktivitäten im Vordergrund. Würden diese wegfallen, würden die Spenden auf einen Bruchteil zusammenfallen. Wir können dies mit den Spendeneinnahmen vergleichen, welche die Erklärung von Bern, eine reine *advocacy*-Organisation erzielt. Sie bringt es auf etwa 2,5 Millionen Franken. Und sogar sie benutzt für ihr Fundraising gerne konkretere Themen wie ihr Engagement im fairen Handel (Clean Clothes Campaign) als ihr abstrakteres und einem Massenpublikum schwieriger vermittelbares Engagement in WTO-Angelegenheiten. Würden alle Hilfswerke zu Erklärungen von Bern mutieren, brächten sie es im besten Fall vielleicht auf zehn, fünfzehn Millionen Franken. Und die meisten würden schlicht und einfach untergehen.

Mit reduzierter Glaubwürdigkeit, viel weniger Hilfswerken und viel weniger Geld würde auch die innenpolitische Basis für EZA langsam erodieren. Kurz: Der Rückzug der Hilfswerke aus der operativen EZA auf reine *advocacy* wäre ein Meisterstreich an politischer und betriebswirtschaftlicher Blödheit.